



Landtag von Rheinland-Pfalz
Der Präsident
Herr Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 12
55116 Mainz

Fraktionsloser Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(Mitglied der Partei BSW)
im Landtag Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 3

55116 Mainz

Telefon: 06131/208-3136
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

Mainz, 04.02.2026

Kleine Anfrage

des fraktionslosen Abgeordneten Andreas Hartenfels

Fehlende Auszubildende an rheinland-pfälzischen Unternehmen

Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Laut Presseberichten ringt das mittelständische Tech-Unternehmen Premosys aus der Vulkaneifel um Auszubildende. Premosys ist sogar Weltmarktführer auf seinem Gebiet und findet dennoch keine neuen Anwärter für die Ausbildung zum Elektroniker oder zum Fachinformatiker, ist jetzt sogar dazu übergegangen, Bewerber aus dem Ausland für eine Ausbildung zu rekrutieren. So geht es vielen Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Die IHK Trier gab an, dass sich in der Region Trier mittlerweile sogar mehr als jedes zweite Unternehmen mit offenen Ausbildungsstellen abmüht. Gründe hierfür sind unter anderem eine schlechte ÖPNV-Verbindung und eine höhere Attraktivität eines Studiums gegenüber einer Ausbildung. Aber auch die Einstellung und Arbeitshaltung junger Menschen trägt mancherorts zur Verschärfung der Situation bei. Die IHK fordert von der Politik dringend Änderungen im Bildungswesen, damit Kinder und Jugendliche bereits in der Schule die Vorteile einer Ausbildung kennenlernen sowie eine bessere finanzielle Ausstattung von Berufsschulen und den zugehörigen Einrichtungen. Hinzu kommt, dass zuletzt mehr als 3.300 Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben, das entspricht einem neuen Spitzenwert von knapp 9% (2023/2024).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die derzeitige Situation der Unternehmen hinsichtlich fehlender Auszubildender ein?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele Auszubildende es derzeit in rheinland-pfälzischen Unternehmen gibt und wie viele fehlen?
3. Welche Ursachen kennt die Landesregierung dafür, dass es für Unternehmen aus dem MINT-Bereich besonders schwer ist, Auszubildende zu finden?
4. Was hat die Landesregierung in den letzten fünf Jahren unternommen, um Ausbildungen für junge Menschen attraktiver zu machen?
5. Wie gedenkt die Landesregierung, die Berufsausbildung in Zukunft attraktiver zu machen?
6. In welcher Form will die Landesregierung Berufsschulen und deren Ausbildungseinrichtungen finanziell besser ausstatten?
7. Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um dem bedenklichen Trend der zunehmenden Schulabgänge ohne Abschluss entgegenzuwirken?



Andreas Hartenfels, MdL



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 32 69 | 55022 Mainz

Präsidenten des Landtags
Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstr. 9
55116 Mainz
Telefon +49 6131 162202
Telefax +49 6131 164438
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

26. Februar 2026

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Andreas Hartenfels (fraktionslos) betreffend
„Fehlende Auszubildende in rheinland-pfälzischen Unternehmen“**
- Kleine Anfrage Drs. 18/14089 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die vorbezeichnete Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Aufgrund des demographischen Wandels, gestiegener Passungsprobleme und des generellen Fachkräftebedarfs ist der Aufwand für die Unternehmen gestiegen, Auszubildende zu gewinnen und offene Stellen zu besetzen. Die Landesregierung nimmt die Probleme von Unternehmen, Fachkräfte und Auszubildende insbesondere in technischen Berufen zu finden und zu gewinnen, ernst und hat deshalb in den vergangenen zehn Jahren einen Förderbaukasten im Bereich Berufsorientierung und Förderung der beruflichen Bildung aufgelegt (siehe dazu Antwort auf Frage 4).

Zu Frage 2:

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden für das Jahr 2024 in Rheinland-Pfalz insgesamt 58.503 Auszubildende beziehungsweise 22.494 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gemeldet.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen in Rheinland-Pfalz beträgt zum Ende des Ausbildungsjahres (Berichtsjahr der Arbeitsagentur) 2024/2025 im September 2025



2.632, wobei es sich bei der Statistik der Arbeitsagentur nicht um eine Totalerhebung, sondern vielmehr um freiwillige Angaben und damit tendenziell um eine Mindestzahl handelt.

Zu Frage 3:

Unternehmen im MINT-Bereich haben in Deutschland aus mehreren strukturellen Gründen besondere Schwierigkeiten, Auszubildende zu gewinnen. Ein zentraler Faktor ist der demografische Wandel, durch den die Zahl junger Menschen im Ausbildungsalter seit Jahren sinkt, während der Bedarf an MINT-Fachkräften hoch bleibt. Dadurch verschärft sich der Wettbewerb um potenzielle Bewerberinnen und Bewerber erheblich, zumal die dualen MINT-Ausbildungsberufe vergleichsweise hohe Anforderungen an die schulische Vorbildung stellen.

Hinzu kommt eine ungleiche gesellschaftliche Bewertung von Bildungswegen: Der akademische Bildungsweg wird häufig höher eingeschätzt als die berufliche Ausbildung, was zu einer Verlagerung von MINT-interessierten Jugendlichen an Hochschulen und zu geringeren Bewerberzahlen in der dualen Ausbildung führt. Dies betrifft den MINT-Bereich besonders stark.

Ein weiteres wesentliches Hemmnis ist die Unterrepräsentanz von Mädchen und Frauen in MINT-Berufen. Trotz vorhandener Kompetenzen und Interessen bleibt dieses Potenzial weitgehend ungenutzt, was den Bewerberkreis zusätzlich einschränkt.

Auch Menschen mit Migrationshintergrund und internationale Talente, insbesondere aus dem Hochschulbereich, stellen ein bislang nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial dar. Studien zeigen, dass diese Gruppe zunehmend zum MINT-Arbeitskräfteangebot beiträgt, ihr Übergang in Ausbildung und Beschäftigung jedoch noch nicht im erforderlichen Umfang gelingt.

Zu Frage 4:

Um dem sich verstärkenden Fachkräftemangel und dem Trend zurückgehender Ausbildungszahlen zu begegnen, hat das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) die Förderung der beruflichen Bildung in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Maßnahmen kontinuierlich ausgebaut.

In der Schule setzt das MWVLW mit Maßnahmen zur Förderung der Berufsorientierung an, um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu bewerben und zu fördern. Beispiele



sind zum einen Handwerk meets Schule, wo seit 2019 Handwerkskammern mit weiterführenden Schulen mit gymnasialer Oberstufe Kooperationsvereinbarungen zur beruflichen Orientierung erarbeiten. Ein weiteres Beispiel sind die Ausbildungsbotschafter, die an Schulen authentische Einblicke in ihre Berufe und die entsprechende Ausbildung geben. Zudem fördert das MWVLW die Handwerkskammern der Pfalz und Trier bei ihrem Angebot an Schulen mit gymnasialer Oberstufe durch mehrtägige Berufsorientierungsmaßnahmen Einblicke in Ausbildungsberufe des Handwerks zu gewinnen. Hinzu kommen weitere außerschulische Maßnahme der Berufsorientierung.

Die Elternkampagne bewirbt die Vorteile der dualen Bildung bei Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder während der Berufsorientierung begleiten. Sie soll Eltern dazu ermutigen und befähigen, ihre Kinder bei der beruflichen Orientierung aktiv zu unterstützen – ob durch Förderung von früh erkennbaren Leidenschaften und Talenten, Information und Inspiration oder durch Motivation und Beratung. Denn für Jugendliche und junge Erwachsene sind die eigenen Eltern wichtige Berufswahlbegleiter. Sie erhalten in der Elternkampagne beispielsweise Informationen zu Ausbildungswegen und -berufen, Tipps zur Berufswahl und zur Unterstützung ihrer Kinder in der Phase der Berufsorientierung und Berufswahl. So enthält die Kampagne auch Videos, in denen Eltern und ihre Kinder gemeinsam über die erfolgreiche Berufswahl berichten.

Nach der erfolgreichen Premiere im Jahr 2024 wurden auch im Jahr 2025 wieder Praktikumswochen in Rheinland-Pfalz angeboten: Dabei lernen sich Unternehmen, Schülerinnen und Schüler in eintägigen Schnupperpraktika, die unkompliziert über eine Vermittlungsplattform angebahnt werden, kennen. Es bietet sich die Möglichkeit, verschiedene Berufe und Berufsfelder kennenzulernen und die eigenen Talente und Fähigkeiten zu erproben. Die Praktikumswochen werden vom MWVLW und vom Ministerium für Bildung (BM) finanziert und stehen Unternehmen sowie Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung.

Das MWVLW fördert zudem Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität. Zentral ist hier zum einen die Förderung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS). So wurde als aktuellstes Bauprojekt im Bereich der ÜBS die Komplettmodernisierung (Neubau) des Berufstechnologiezentrums in Trier (Campus Handwerk) gefördert. Das MWVLW hat allein dieses Projekt in den vergangenen Jahren mit rund 12,3 Mio. EUR gefördert. Der Ersatzneubau des Berufsbildungszentrums II



(Baubildungszentrum) in Mainz der Handwerkskammer Rheinhessen wurde in 2023 von Bund und Land bewilligt werden. Die Investitionskosten liegen aktuell bei 32 Mio. EUR (Neubau, als wirtschaftlichste Variante) mit einem Landesanteil von rund 6,4 Mio. EUR (20 %).

Ein weiterer Hebel zur Ausbildungsqualität ist die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU), die neben Berufsschule und Betrieb die dritte Säule der Ausbildung im Handwerk darstellt. Eines der Hauptziele liegt darin, die Ausbildungsfähigkeit des Handwerks zu erhalten und ein einheitlich hohes Ausbildungsniveau zu sichern.

Zudem fördert das MWVLW seit mehreren Jahren die berufliche Fortbildung und Selbstständigkeit durch das Aufstiegs-BaföG und den Aufstiegsbonus I und II. Hierdurch trägt es zur Attraktivität einer beruflichen Laufbahn im Anschluss an eine berufliche Erstqualifizierung bei.

Des Weiteren wird auf die Beantwortung der Großen Anfrage Drucksache 18/12426 (Drucksache 18/12702) verwiesen, in der umfangreich Stellung genommen worden ist.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung wird den eingeschlagenen Weg zur Gewinnung junger Leute für die berufliche Bildung gemeinsam mit den Partnern des Ovalen Tisches des Ministerpräsidenten, wie zum Beispiel den Wirtschaftskammern, entschlossen weiter gehen und ihre Aktivitäten im Bereich der Berufsorientierung noch ausbauen (siehe dazu auch die aktuelle Fachkräftestrategie für Rheinland-Pfalz 2022-2026). Die Möglichkeiten der Landesregierung, die duale Berufsausbildung in Zukunft noch attraktiver zu machen, hängen auch von den Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers in der kommenden Legislaturperiode ab.

Zu Frage 6:

Das BM hat in den vergangenen fünf Jahren Landesmittel von fast 100 Millionen Euro in die Digitalisierung der Schulen investiert, unter anderem in den Aufbau der Plattformen Bildungsportal und Schulcampus RLP für vernetztes und interaktives Arbeiten, in die digitale Infrastruktur, in das KI-Tool „foobiz“ oder in das Digitale Bücherregal.



Seit 2020 besteht die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Arbeitsteilung beim IT-Support und der Administration, die mit insgesamt 6 Millionen Euro jährlich aus Landesmitteln finanziert wird. Grundsätzlich sind die für die Schulträger für die Ausstattung der Schulen zuständig.

Über die Zusatzvereinbarung „Sofortausstattung“ des DigitalPakts Schule wurden 57.274 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler beschafft. Zusätzlich hat die Landesregierung im Jahr 2020 weitere 13.000 Endgeräte für rund 6 Millionen Euro bereitgestellt. Dazu kamen 24.000 Endgeräte, die über das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ angeschafft wurden. Mit den knapp 95.000 Endgeräten können so alle Schülerinnen und Schüler, die an der unentgeltlichen Schulbuchausleihe teilnehmen, mit einem Laptop oder Tablet ausgestattet werden.

Dies zeigt exemplarisch die umfangreichen Maßnahmen der Landesregierung, um die technische Ausstattung ebenso wie die digitale Infrastruktur auszubauen. Damit unterstützt die Landesregierung die jeweiligen Träger der Schulen maßgeblich, denn diese sind gem. §§ 74 Abs. 3, 75 Abs. Nr. 2 und 3 SchulG für die Ausstattung der Schulen zuständig. Die Aufgaben der Schulträger umfassen dabei unter anderem die Bereitstellung, laufende Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgebäude sowie die Beschaffung der Lehr- und Unterrichtsmittel. Die Landesregierung unterstützt die Schulträger bei dieser Aufgabe sowohl hinsichtlich der Bereitstellung der kostenfreien digitalen Infrastruktur als auch bei der Bereitstellung von Endgeräten.

Mit dem Digitalpakt Schule wurden auch Strukturen geschaffen, um die Technologie nachhaltig ins Unterrichtsgeschehen einzubinden. Darauf aufbauend geht es nun mit dem DigitalPakt 2.0 weiter. Gemäß einer noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung wird das Land Rheinland-Pfalz voraussichtlich 24.092 Millionen Euro durch zusätzliche Eigenmittel des Landes bereitstellen und 96 Millionen Euro Eigenmittel in Form von anzurechnenden Digitalisierungsmaßnahmen leisten, wie zum Beispiel Investitionen in die Lern- und Medieninfrastruktur. Aktuell erarbeitet Rheinland-Pfalz eine Verwaltungsvorschrift, die auf den Vorgaben der bundesseitigen Verwaltungsvereinbarung basiert. Diese legt genau fest, wie die Mittel eingesetzt werden sollen.

Zu Frage 7:

Generell bietet das rheinland-pfälzische Bildungssystem zu vielen Zeitpunkten die



Möglichkeit, gezielt Schulabschlüsse direkt oder im berufsbildenden Schulangebot begleitend zu einer dualen Ausbildung oder anschließend zu erwerben. Zudem ist der Erwerb von Schulabschlüssen auch durch eine duale Berufsausbildung möglich:

- Das Abschlusszeugnis der Berufsschule schließt in jedem Fall den Schulabschluss der Berufsreife ein, sofern dieser nicht bereits vorher erworben wurde.
- Das Abschlusszeugnis der Berufsschule schließt den qualifizierten Sekundarabschluss I ein, wenn das Abschlusszeugnis der Berufsschule einen Gesamtnotendurchschnitt von mindestens 3,0 aufweist, die Prüfungsteile vor der zuständigen Kammer mit Erfolg abgeschlossen wurden und ausreichende Fremdsprachenkenntnisse nachgewiesen werden, zum Beispiel über Zeugnisse vorangegangener Schulbesuche.
- Es besteht auch die Möglichkeit, im Rahmen der dualen Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben. Dazu ist der Besuch des Fachhochschulreifeunterrichts an der dualen Berufsoberschule in Ergänzung zur Berufsschule sowie das Bestehen der Fachhochschulreifeprüfung erforderlich.

An mittlerweile 21 Realschulen plus wurde mit dem besonderen 10. Schuljahr „Keine/r ohne Abschluss“ die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler geschaffen, die nach der Klassenstufe 9 nicht den Abschluss der Berufsreife erreicht haben, diesen mit einem hohen Praxisanteil zu erreichen. Ungefähr 85 Prozent der rund 250 Schülerinnen und Schüler haben im Schuljahr 2024/25 auf diesem Weg den Abschluss der Berufsreife erreicht.

Schülerinnen und Schüler, die von einer allgemeinbildenden Schule ohne Abschluss der Berufsreife abgehen, sind weiterhin schulbesuchspflichtig. Sie können auch ohne den Abschluss der Berufsreife ein Berufsausbildungsverhältnis aufnehmen. Während der Berufsausbildung besuchen sie die Berufsschulen und haben dort die Möglichkeit, den Abschluss der Berufsreife oder auch den qualifizierten Sekundarabschluss I zu erwerben.

Schülerinnen und Schüler, die keine Berufsausbildung beginnen, besuchen das Berufsvorbereitungsjahr und können dort den Abschluss der Berufsreife erwerben.

Für Personen, die nicht mehr schulpflichtig sind, besteht die Möglichkeit, im Rahmen einer sogenannten Nichtschülerprüfung die Abschlüsse Berufsreife, Qualifizierter Sekundarabschluss I oder Abitur nachzuholen. Mit der Prüfung für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zum Erwerb der Qualifikation der Berufsreife kann die Qualifikation



der Berufsreife ohne den Besuch einer Realschule plus, eines Gymnasiums, einer Integrierten Gesamtschule oder einer berufsbildenden Schule erworben werden. Das Land fördert Maßnahmen der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung zur Erlangung von Schulabschlüssen.

Mit dem Ziel, so vielen jungen Menschen wie möglich zum Schulabschluss und zu einem erfolgreichen Start ins Berufsleben zu verhelfen, startete im Schuljahr 2022/2023 das reformierte BVJ. Im Sommer 2023 haben 59,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler im BVJ den Abschluss geschafft. Im Sommer 2024 lag die Abschlussquote bei 55,3 Prozent. In den beiden letzten Schuljahren vor der Reform war die Erfolgsquote niedriger: 2020/2021 lag sie bei 51,3 Prozent und 2021/2022 bei 50,2 Prozent. Die Abschlussquote für das Jahr 2025 liegt noch nicht vor. Berücksichtigt wurden in der Statistik alle Absolventinnen und Absolventen, die den Berufsreifeabschluss erwerben konnten. Die KMK geht davon aus, dass erfahrungsgemäß etwa zwei Fünftel derjenigen, die von einer allgemeinbildenden Schule ohne ersten Schulabschluss abgehen, diesen während des späteren Besuchs einer beruflichen Schule nachholen (vgl. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 242, Nov. 2024, Vorausberechnung der Zahlen der Schüler/-innen und Absolvierenden 2023 bis 2035). Die positive Entwicklung der Abschlussquoten und die insgesamt günstige Einschätzung der Reform gründen auch auf der intensiven Begleitung und Unterstützung durch das Ministerium für Bildung seit dem landesweiten Start des reformierten BVJ im August 2022. Die Umsetzung wird engmaschig begleitet, um den Erfolg des reformierten Bildungsgangs zu sichern. Hierzu gehören regelmäßige Austauschrunden, zu denen Vertreterinnen und Vertreter aller BVJ-Schulen des Landes, BVJ-Beraterinnen und -Berater sowie das Pädagogische Landesinstitut eingeladen werden. Ergänzend dazu wurde im August 2023 das Projekt „BVJ Monitoring“ etabliert, das ein weiteres zentrales Element der Begleitung des reformierten BVJ darstellt. Das „BVJ Monitoring“ ist eine systematische Begleitung, um das Erfahrungswissen der BVJ-Schulen abzuschöpfen und zu nutzen. Ziel ist die weiterhin enge Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, um die Belange der Schülerinnen und Schüler des BVJ kontinuierlich zu sichern und qualitativ hochstehende Unterstützungsangebote bereitzustellen.

Im Zuge der Novellierung des BVJ wurde ein neues Förderprogramm „Schulsozialarbeit im BVJ“ aufgelegt. Über das Programm konnten von den Kommunen Fördermittel für bis zu 30,5 zusätzliche Stellen zur sozialpädagogischen Betreuung im BVJ abgerufen



werden. Das Förderprogramm wird von den Kommunen gut angenommen. Die zusätzliche sozialpädagogische Betreuung unterstützt die Aufgabenstellung des BVJ. Des Weiteren wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 18/14075 zu Drucksache 18/13858 verwiesen.

Mit dem ESF+-Förderansatz „Jobfux“ unterstützt die Landesregierung insbesondere Schülerinnen und Schüler in Schulen mit Ausbildungsgang Berufsbereife durch präventive arbeitsweltorientierte Angebote, die Übergänge zwischen Schulsystem und Berufssystem zu meistern. Die Jobfüxe sind insbesondere in den Abgangsklassen der Schulen direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für die Ausbildungsbetriebe. Sie stellen ein kontinuierliches und breites Spektrum von Angeboten zur intensiven Unterstützung (unter anderem bei der Suche nach Praktika, Angeboten der Berufsorientierung und Ausbildungsstellen, der Zusammenstellung von Bewerbungsunterlagen sowie Bewerbungen) bereit und können dadurch auch dem Verlassen der Schule ohne Abschluss entgegenwirken.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Petra Dick-Walther
Staatssekretärin